

Niederschrift öffentlicher Teil

Der Hauptausschuss führte seine Sitzung am Dienstag, dem 24.03.2020, im Sitzungsraum, Kellergeschoss, Verwaltungsgebäude, Ernst-Thälmann-Str. 10, Hansestadt Osterburg durch.

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 20:18 Uhr

Teilnehmer:

Anwesend:

Vorsitz

Schulz, Nico

Stimmberechtigte Mitglieder

Emanuel, Jürgen

Fritze, Mathias

Handtke, Michael

Matzat, Sandra

Schulz, Thorsten

Werner, Torsten

vertritt Herrn Müller

Verwaltungsangehörige

Köberle, Matthias

Gäste

Altmark-Zeitung

Osterburger Volksstimme

Abwesend:

Stimmberechtigte Mitglieder

Müller, Matthias

entschuldigt

Bestätigte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder, der Beschlussfähigkeit und eventueller Mitwirkungsverbote
2. Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teiles der Sitzung des Hauptausschusses vom 25.02.2020
4. Beschluss über die Abwägung gemäß § 1 Abs. 7 BauGB zum 1. Entwurf des Flächennutzungsplanes der Einheitsgemeinde Hansestadt Osterburg (Altm.)
Vorlage: III/2020/109

5. Beschluss über die Abwägung zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr.2 "Industriegebiet Am Schaugraben, 1. Erweiterung - 1. Änderung"
Vorlage: III/2020/111
6. Beschluss zum Bau des Lindenparkplatzes
Vorlage: III/2020/112
7. Informationen des Bürgermeisters
8. Anfragen und Anregungen
9. Einwohnerfragestunde

Protokoll:

Öffentlicher Teil

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder, der Beschlussfähigkeit und eventueller Mitwirkungsverbote**

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einberufung fest. Es sind 6 stimmberechtigte Mitglieder anwesend. Hierbei vertritt Herr Torsten Werner Herrn Matthias Müller. Herr Thorsten Schulz ist nicht anwesend.

2. **Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**

Der Vorsitzende erkundigt sich, ob es Änderungsanträge zur Tagesordnung gibt.

Frau Matzat stellt den Antrag, die Tagesordnungspunkte 5, 6 und 7 von der Tagesordnung abzusetzen. Sie begründet dies damit, dass ihrer Ansicht nach die Beschlüsse nicht sofort gefasst werden müssten, sondern mit der Beschlussfassung bis nach Ostern gewartet werden könne. Man solle Rücksicht auf die derzeitige Situation und die Unsicherheit in der Bevölkerung nehmen. Sie erklärt, dass sie es für das falsche Signal halte, den Bau eines Parkplatzes für rund 1,2 Millionen EURO zu beschließen, während ein großer Teil der Bevölkerung nicht wisse, wie es weitergehen soll. Außerdem bekundet sie Bedenken bezüglich der Sicherheit der Ausschussmitglieder (Ansteckungsgefahr).

Der Vorsitzende erklärt, dass er gegen den Antrag sei. Auch bezüglich der Ansteckungsgefahr für die Ausschussmitglieder sei er anderer Ansicht. Wenn alle die Sicherheitsvorkehrungen beachten und sich an die Verhaltensregeln halten, sei das Risiko einer Infektion äußerst gering.

18:04 Uhr betritt Herr Thorsten Schulz den Saal. Somit sind nun alle sieben stimmberechtigten Mitglieder des Ausschusses zugegen.

Herr Emanuel erklärt, dass er die Bedenken von Frau Matzat nachvollziehen könne, wirft aber ein, dass der Gesetzgeber ja gerade die Sicherheitsregel so festgelegt habe, dass Sitzungen der gemeindlichen Gremien weiterhin stattfinden könnten.

Man solle aber künftig durchaus darüber nachdenken, ob es zum jeweiligen Zeitpunkt tatsächlich nötig sei, eine Sitzung durchzuführen.

Herr Emanuel stellt den Antrag, die Einwohnerfragestunde an das Ende des öffentlichen Teils der Sitzung zu verlegen, da es in einer der beiden ortsansässigen Tageszeitungen die Information gegeben habe, dass die Sitzung erst um 19:00 Uhr beginnen werde. Es sei ja durchaus denkbar, dass zu einem späteren Zeitpunkt noch Einwohner einträfen, welche eine Frage stellen möchten.

Der Vorsitzende lässt zunächst über den Antrag von Frau Matzat abstimmen, die Tagesordnungspunkt 5, 6 und 7 von der Tagesordnung abzusetzen.

Abstimmung:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
1	4	2

Der Antrag ist abgelehnt.

Nun lässt der Vorsitzende über den Antrag von Herrn Emanuel abstimmen, die Einwohnerfragestunde an das Ende des öffentlichen Teils der Sitzung zu verlegen.

Abstimmung:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
7	0	0

Der Antrag ist angenommen.

Die Einwohnerfragestunde wird nach hinten verschoben und nun als Tagesordnungspunkt 9 geführt.

Weitere Anträge gibt es nicht. Die Tagesordnung wird in der geänderten Reihenfolge festgestellt einstimmig festgestellt (7 Ja-Stimmen).

3. Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teiles der Sitzung des Hauptausschusses vom 25.02.2020

Die Tagesordnung wird mit 7 Ja-Stimmen einstimmig festgestellt.

4. Beschluss über die Abwägung gemäß § 1 Abs. 7 BauGB zum 1. Entwurf des Flächennutzungsplanes der Einheitsgemeinde Hansestadt Osterburg (Altm.) Vorlage: III/2020/109

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf und erteilt Herrn Köberle das Wort.

Herr Köberle erläutert die Vorlage und geht dabei auf einzelne Punkte der Abwägung sowie auf Anmerkungen der Träger öffentlicher Belange sowie sonstiger Betroffener ein, die Einwendungen erhoben haben.

Er weist die Ausschusssmitglieder auch noch einmal auf die Tischvorlage hin, die diese heute erhalten haben. Hierin sind noch einige Ergänzungen aufgenommen, mit denen auf einige Einwendungen reagiert bzw. in denen die Abwägungsgründe dargelegt sind.

Anschließend erklärt er zu einigen Ausgewählten Einwendungen die Abwägungsgründe.

Hierbei geht er auch auf eine Einwendung/einen Antrag zur Möglichkeit der Wohnbebauung in Polkern ein, zu der Herr Handtke eine Nachfrage hat.

Herr Handtke erkundigt sich ob die Anmerkung der Bürgerin richtig sei, dass die für Polkern zunächst Wohnbauflächen an anderer Stelle geplant gewesen waren.

Herr Köberle gibt an, dass dies im ersten Entwurf anders gewesen sein könnte, verweist aber auch darauf, dass die Ausweisung der geplanten Fläche stets in Absprache mit den Ortschaftsräten erfolgt sei.

Herr Thorsten Schulz spricht die Änderung bezüglich der Gewerbeflächen im Gewerbegebiet „Am Bültgraben“ an und erkundigt sich, ob dort kein Gewerbe mehr Flächen nutzen könne, wenn der ALDI-Markt umziehen sollte.

Herr Köberle verneint dies. Es sei lediglich so, dass die bestehenden Flächen nicht erweitert werden könnten.

Herr Fritze spricht die Einwendung des Herrn Hübner an, der sich beschwert fühlt, weil an seinem Betriebssitz keine weiteren Gewerbeflächen mehr ausgewiesen seien. Dieser beabsichtige, dort einen Schulungsbereich für Baumaschinenführer zu betreiben.

Herr Köberle erklärt, dass nach Abstimmungen mit dem Landesverwaltungsamt keine weiteren Gewerbeflächen im Stadtgebiet Osterburgs ausgewiesen werden dürfen, da der geplante Autohof nebst Industrie/Gewerbegebiet an der BAB 14 ansonsten nicht genehmigungsfähig sei.

Herr Fritze gibt zu bedenken, dass man bei der Planung darauf achten solle, die Situation für die Gewerbetreibenden in Osterburg nicht zu erschweren.

Herr Handtke und Herr Werner gehen auch kurz auf diesen Sachverhalt ein und bekunden, die Bedenken des Herrn Hübner bezüglich der Ausbildungsfläche nicht so recht nachvollziehen zu können. Wichtig sei jedoch, dass die bisher vorhandene und genutzte Gewerbefläche erhalten bleibt.

Herr Emanuel merkt an, dass es wichtig sei, den Gewerbetreibenden Zuversicht und eine Perspektive für die Zukunft geben zu können. Er weist weiterhin darauf hin, dass diese für ihre zurzeit genutzten Gewerbeflächen einen Bestandsschutz genießen. Anschließend spricht Herr Emanuel die Beteiligung der Ortschaftsräte an, auf die sich Herr Köberle in seinen Ausführungen, gerade in Bezug auf die Wohnbebauung in den einzelnen Ortschaften, berufen hat. Der Stadtrat müsse wissen, wie die Ortschaftsräte jeweils entschieden hätten und ob alle für den hier zu fassenden Beschluss beteiligt wurden.

Herr Köberle führt an, dass alle Ortschaftsräte während des bisherigen Prozesses zur Erstellung des Flächennutzungsplanes zweimalig beteiligt worden seien. Eine weitere Beteiligung erübrige sich in dem momentanen Verfahrensschritt. Die Ortschaftsräte würden aber nochmals im Zuge des Entwurfs- und Auslegungsbeschlusses für den Flächennutzungsplan beteiligt.

Herr Fritze erkundigt sich danach, wer die Kosten für den Waldersatz tragen müsse, der im Zuge der Schaffung des Gewerbegebietes an der BAB 14 notwendig werde. Die Kosten würden sich immerhin auf ca. 20.000 € pro Hektar belaufen (Stellungnahme Liegenschaften/Frau Nestler, S. 74 der Abwägung)

Der Vorsitzende erklärt, dass diese Kosten durch den Investor zu tragen sind. Darüber hätte der Stadtrat auch schon beschlossen.

Herr Fritze erkundigt sich weiterhin, wann der Landschaftsplan fertig sei, auf den in der Abwägung verwiesen wird.

Herr Köberle gibt an, dass dieser mit dem Entwurf des Flächennutzungsplanes (FNP) ausgelegt, beziehungsweise die Ergebnisse des Landschaftsplanes in den FNP eingearbeitet werden.

Herr Fritze hat noch weitere Anmerkungen, welche aber in der Tischvorlage zur Sitzung bereits berücksichtigt worden sind (die Tischvorlage ist Bestandteil des Protokolls).

Weitere Fragen und Anmerkungen gibt es nicht.

Der Vorsitzende informiert darüber, dass der Bauausschuss der Vorlage einstimmig zugestimmt habe (4 Ja-Stimmen).

Der Vorsitzende lässt abstimmen.

Beschlusstext:

Der Stadtrat der Hansestadt Osterburg beschließt die Abwägung der Hinweise, Anregungen und Bedenken im Rahmen des Verfahrens für die Aufstellung eines Flächennutzungsplanes für das gesamte Gemeindegebiet der Hansestadt Osterburg (Altmark).

Der Öffentlichkeit ist Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung zu geben.

Die während der öffentlichen Auslegung vom 09.09.2019 bis 10.10.2019 vorgebrachten Anregungen, Hinweise und Stellungnahmen der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 2 BauGB, der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belangen nach § 4 Abs. 2 BauGB und der Nachbargemeinden nach § 2 Abs. 2 BauGB wurden geprüft und abgewogen. Das zusammengefasste Abwägungsmaterial vom 20. Januar 2020 ist als Anlage beigefügt und Bestandteil des Beschlusses.

Das Abwägungsergebnis ist den Einwendern mitzuteilen.

Die auf Grund dieser Abwägung getroffenen Entscheidungen zum Fortgang der Planung sind in dem Flächennutzungsplan als 2. Entwurf einzuarbeiten.

Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Verfahrensschritte zum Wirksamwerden des Flächennutzungsplanes durchzuführen.

ungeändert beschlossen
Ja 4 Nein 1 Enthaltung 2

5. Beschluss über die Abwägung zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr.2 "Industriegebiet Am Schaugraben, 1. Erweiterung - 1. Änderung" Vorlage: III/2020/111

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf und erteilt Herrn Köberle das Wort.

Herr Köberle erläutert die Beschlussvorlage noch einmal und verdeutlicht hierbei auch, dass dieser Beschluss sehr wichtig sei damit das Gewerbegebiet an der BAB 14 entstehen könne.

Fragen oder Anmerkungen seitens der Ausschussmitglieder gibt es nicht.

Der Vorsitzende informiert, dass der Bauausschuss auch dieser Vorlage einstimmig zugestimmt habe (4 Ja-Stimmen).

Der Vorsitzende lässt abstimmen.

Beschlusstext:

Der Stadtrat der Hansestadt Osterburg beschließt die Abwägung zu den im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange, der Nachbargemeinden und der Öffentlichkeit vorgebrachten Stellungnahmen gemäß Anlage.

Die zum Entwurf des Bebauungsplanes „Industriegebiet Am Schaugraben, 1. Erweiterung - 1. Änderung (Teilaufhebung) in der Fassung vom 02.04.2019 während der öffentlichen Auslegung vorgebrachten und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange erhaltenen Stellungnahmen hat der Stadtrat der Hansestadt Osterburg (Altmark) geprüft und mit dem Ergebnis entsprechend der Anlage zu diesem Beschluss abgewogen.

Die auf Grund dieser Abwägung getroffenen Entscheidungen zum Fortgang der Planung sind in dem Bebauungsplan einzuarbeiten.

Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Verfahrensschritte zum Wirksamwerden des Bebauungsplanes durchzuführen.

ungeändert beschlossen
Ja 5 Nein 0 Enthaltung 2

6. Beschluss zum Bau des Lindenparkplatzes Vorlage: III/2020/112

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf und erteilt Herrn Köberle das Wort.

Herr Köberle erörtert noch einmal, dass die Dringlichkeit für den Beschluss sehr hoch sei. Dies hänge mit dem geplanten zeitlichen Ablauf der Baumaßnahme zusammen. Um Verzögerungen zu vermeiden, sei ein schnelles Handeln erforderlich, da für die Ausschreibung der Maßnahme mit einer Dauer von rund sechs bis acht Wochen zu rechnen sei.

Auf Wunsch des Bauausschusses habe er die Kostenschätzung als Tischvorlage zur Verfügung gestellt.

Er geht näher auf die Kostenschätzung ein und erläutert detailliert die größten Posten dieser Schätzung.

Der Vorsitzende erklärt, dass es sich selbstverständlich um sehr hohe Kosten handle, dass die Baupreissteigerungen in den letzten Jahren aber auch sehr stark gewesen seien. Dies habe man auch bei anderen Maßnahmen sehen können. Er plädiere jedoch dafür, diesen Beschluss zu fassen, um die Maßnahme und mit dieser auch die Sanierungsmaßnahme „Altstadt“ zu einem Abschluss bringen zu können.

Herr Köberle schlägt vor, in der Ausschreibung Betonsteinpflaster auszuschreiben und die bisher geplante Variante, die den Einbau von Asphalt vorsieht, als Alternativposition in das Leistungsverzeichnis aufzunehmen.

Dies könne möglicherweise zu Einsparungen in Höhe von mehreren zehntausend EURO führen und des Weiteren würde dies dazu führen, dass sich deutlich mehr – auch ortsansässige - Unternehmen an der Ausschreibung beteiligen könnten.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass man diesen Punkt nur vorbehaltlich der Zustimmung des Ortschaftsrates aufnehmen werde.

Herr Werner erklärt, dass er Bedenken habe, ob die Stadt das Vorhaben wirtschaftlich stemmen könne, da er damit rechne, dass es einen sehr starken Wirtschaftseinbruch gebe. Er sei dafür, zu sparen.

Der Vorsitzende warnt vor der Verbreitung von Horrorszenarien und appelliert an die Ausschussmitglieder sich nicht von der momentan herrschenden Verunsicherung anstecken zu lassen. Soweit es ginge, müsse die Normalität aufrechterhalten werden. Dies sei auch der Grund, warum die Bundesregierung beabsichtige, enorme Stützungsprogramme aufzulegen.

Herr Handtke merkt an, dass auch er der Ansicht sei, dass die städtischen Haushalte der kommenden Jahre nur sehr schwer ausgeglichen dargestellt werden könnten. Seiner Meinung nach gebe es mehrere Möglichkeiten, man könnte die Baumaßnahme verschieben, was aber zu hohen Zinszahlungen führen würde, weil die Fördermittel nicht abgerufen werden. Des Weiteren gebe es auch die Möglichkeit, nicht zu bauen, hier müsse man eben bedenken, was der Mehrwert sei, wenn man einen Parkplatz durch einen Parkplatz ersetze. Die Dritte Option sei es schließlich, den Bau durchzuführen.

Er sei sich noch nicht sicher, was die beste Möglichkeit ist.

Der Vorsitzende erklärt, dass die Preise in der jetzigen Situation sogar etwas günstiger sein könnte, wie es in einem Jahr aussehe, wisse man auch nicht. Es sei durchaus möglich, dass die Kosten dann noch höher liegen.

Herr Emanuel erklärt, dass er sich auch nicht ganz sicher sei, es gebe gute Gründe die für die Maßnahme sprechen, wie beispielsweise die Löschwasserversorgung in der Innenstadt, die Gewissheit, dass die Maßnahme nachhaltig für Osterburg sei und schließlich die Unsicherheit, ob es später noch die Möglichkeiten einer so hohen Förderung geben werde.

Angesichts der Preisentwicklungen am Bau habe er aber auch Bedenken.

Thorsten Schulz macht noch einmal darauf aufmerksam, dass die Zisterne ja schon ein Viertel der Kosten ausmache. Dies relativiere die Summe seiner Ansicht nach schon etwas. Auch die Möglichkeit zu Einsparung durch eine andere Bauausführung, wie durch Herrn Köberle geschildert, solle man in Betracht ziehen. Was es tatsächlich kosten wird, werde sich jedoch erst nach der Ausschreibung zeigen.

Frau Matzat erklärt, dass Sie gegen die Maßnahme sei. Es sei nicht an der Zeit, einen schönen Parkplatz zu bauen, während einige Mitbürger nicht wüssten, wie sie künftig ihre Rechnungen bezahlen sollen.

Der Vorsitzende erklärt, dass er dies nicht so stehen lassen wolle, da der Parkplatz sich in einem wirklich sehr schlechten Zustand befinde. Es ginge nicht darum diesen lediglich zu verschönern, vielmehr seien hier auch Belange der öffentlichen Sicherheit und Ordnung betroffen.

Des Weiteren seien die Mittel zweckgebunden und könnten gar nicht für andere Maßnahmen, wie beispielsweise die Unterstützung der Einwohner oder Gewerbetreibenden, eingesetzt werden.

Herr Handtke fragt nach, ob erwogen wurde, für die Maßnahme einen externen Bauüberwacher zu beauftragen.

Herr Köberle verneint dies.

Die Kosten für die Bauüberwachung würden sich auf rund 4.000 bis 5.000 EURO im Monat belaufen, was bei einer Maßnahmendauer von einem halben Jahr 25.000 bis 30.000 EURO bedeuten würde. Die Bauüberwachung sei bei dieser Maßnahme auch nicht so kritisch einzuschätzen da es relativ wenige Schnittstellen zwischen verschiedenen Gewerken gebe. Auch sei die Zeitrahmen der Ausführung bis zum 31. März des folgenden Jahres ausgedehnt worden, damit die ausführenden Unternehmen kein sog. Wintergeld nachfordern können.

Herr Emanuel spricht sich dafür aus, die Maßnahme im Zusammenhang mit dem geplanten Umbau der Lindensporthalle zu betrachten. Wenn dort künftig mehr Veranstaltungen stattfänden, müsse es auch einen angemessenen Parkplatz geben.

Herr Thorsten Schulz wirft ein, dass dieser große und zentral gelegene Parkplatz auch für die Einzelhändler eine wichtige Rolle spiele.

Herr Fritze erkundigt sich, ob der Parkplatz auch künftig gebührenpflichtig sein soll.

Der Vorsitzende bejaht dies.

Herr Fritze fragt weiterhin nach, ob es Möglichkeiten gebe, die Ausschreibung so zu gestalten, dass regionale Unternehmen leichter daran teilnehmen können. Er denke beispielsweise an die Aufteilung in Lose.

Herr Köberle erklärt, dass eine sinnvolle Unterteilung in Lose bei dieser Maßnahme nicht möglich sei.

Allerdings wäre eine Ausführung in Betonsteinpflaster, wie er sie auch aus Kostengründen in Betracht ziehe, eine Möglichkeit, lokalen Unternehmen die Teilnahme an der Ausschreibung zu erleichtern.

Schließlich erkundigt sich Herr Fritze, welche Auswirkungen die Umwidmung der finanziellen Mittel habe, die zunächst für den Rathausneubau vorgesehen waren.

Der Vorsitzende gibt an, dass der Rathausneubau dadurch verschoben werden muss. Diese Verschiebung könne durchaus zwei bis drei Jahre betragen.

Herr Köberle ergänzt, dass die Baumaßnahme wichtig im Zusammenhang der Ausgleichsbeiträge für das Sanierungsgebiet sei, da bei der Berechnung dieser Beiträge davon ausgegangen wurde, dass der Parkplatz erneuert wird.

Herr Handtke erklärt schließlich, dass die Maßnahme seiner Ansicht nach auch sehr wichtig sei, um die Sanierungsziele überhaupt zu erreichen.

Weitere Fragen oder Anmerkungen gibt es nicht.
Der Vorsitzende lässt abstimmen.

Beschlusstext:

Der Stadtrat beschließt den Bau des Parkplatzes Lindenstraße als 4. Bauabschnitt des Projektes Sanierung Hilligesplatz gemäß der vorliegenden Entwurfsplanung vom 05.02.2020 und der Kostenschätzung vom 12.03.2020 in Höhe von 1.218.334,33 EUR brutto.

Auftraggeber ist die BIG-Städtebau GmbH als Gebietsbeauftragte der Hansestadt Osterburg (Altmark) für die Stadtumbaumaßnahmen Wohngebiet westliche Golle/Sanierungsgebiet Altstadt.

ungeändert beschlossen
Ja 4 Nein 1 Enthaltung 2

7. Informationen des Bürgermeisters

Der Bürgermeister informiert ausführlich über die Entwicklungen der Coronavirus-Pandemie in Sachsen-Anhalt im Landkreis Stendal und in der Hansestadt Osterburg. Er geht hierbei insbesondere auf die erlassenen Vorschriften und die ergriffenen Maßnahmen ein.

So sei beispielsweise ein Stab eingerichtet, viele öffentliche Einrichtungen geschlossen und Veranstaltungen abgesagt worden. Das Ordnungsamt kontrolliere gemeinsam mit der Polizei die Einhaltung der Schutzvorschriften des Landes.

In der Stadtverwaltung seien auch einige Vorkehrungen getroffen worden, so dürften sich nur noch 5 Besucher gleichzeitig im Verwaltungsgebäude befinden und es werde dokumentiert wer an Veranstaltungen teilnehme. Für die Mitarbeiter der Stadtverwaltung seien die Arbeitszeiten flexibler gestaltet worden, damit diese ihre privaten Angelegenheiten, wie Kinderbetreuung und ähnliches, leichter gestalten können. Die Servicezeiten blieben allerdings bestehen, sodass die Bürger die Verwaltung zur gewohnten Zeit erreichen können.

Die Hansestadt werde die Einwohner fortlaufend über alle Entwicklungen unterrichten.

8. Anfragen und Anregungen

Der Vorsitzende teilt mit, dass das Innenministerium für die Gremienarbeit in den Gemeinden Erleichterungen zugelassen hat, damit diese nicht in für jeden Beschluss Sitzungen durchführen müssten.

Er erläutert den Ausschussmitgliedern das diesbezüglich vorgeschlagene Verfahren des Innenministeriums, welches als „vereinfachtes schriftliches Verfahren“ bezeichnet werde. Dieses könne angewendet werden, für dringende Angelegenheiten, die keinen Aufschub dulden oder die bereits vorberaten wurden. Er weist allerdings darauf hin, dass die Öffentlichkeit bei diesem Verfahren nicht im gewohnten Umfang beteiligt werde.

Er schlägt vor, die nächste Sitzung in diesem Verfahren durchzuführen und sich im weiteren Verlauf jeweils mit dem Stadtratsvorsitzenden abzustimmen, ob auf diese Weise verfahren werden soll.

Der Vorsitzende bittet die Ausschussmitglieder um ihre diesbezügliche Meinung.

Herr Thorsten Schulz merkt an, dass vor der nächsten Stadtratssitzung schon der Ortschaftsrat Osterburg tage und fragt, wie es sich dort verhalte.

Der Vorsitzende erklärt, dass das schriftliche Verfahren auch für diesen anwendbar sei.

Herr Handtke spricht sich dafür aus, die nächste Sitzung durchzuführen und anschließend von Fall zu Fall zu entscheiden.

Auch Herr Fritze spricht sich für die Durchführung der Sitzung aus.

Die Fraktionen sind mehrheitlich für die Durchführung der nächsten Stadtratssitzung.

Der Vorsitzende spricht als nächstes den Wochenmarkt an.

Wenn der Markt wieder auf dem Hilliges-Platz stattfinden soll, müssten Abstände zur Stadtpassage beachtet werden und der Springbrunnen dürfte nicht regelmäßig befahren werden. Die Händler würden alle Platz finden, wenn die Zugmaschinen ihrer Stände an anderer Stelle abgestellt würden. Bei einer Befragung hätten 7 Händler bekundet, den Hilliges-Platz dem jetzigen Marktplatz vorzuziehen und ein Händler erklärte, es sei ihm egal, an welcher Stelle der Markt durchgeführt werde.

Weiterhin führt der Vorsitzende aus, dass die Durchführung des Wochenmarktes eine Angelegenheit sei, die durch Satzung zu regeln ist, womit die Zuständigkeit beim Stadtrat liege. Die Marktsatzung der Hansestadt sehe es aber vor, dass der Bürgermeister Ausnahmen vom Marktort festlegen kann. Er würde dieses Recht aber nur in Anspruch nehmen, wenn sich eine Mehrheit der Fraktionen dafür ausspreche. Anschließend sei die Marktsatzung dann anzupassen. Es gibt eine kurze Aussprache zu dem Thema.

Herr Emanuel erklärt, dass er nicht für dieses Vorgehen sei.

Alle anderen Mitglieder des Ausschusses stimmen für dieses Vorgehen.

Herr Thorsten Schulz spricht den Sitzungsbeginn an. Der Stadtrat hätte entschieden, die Sitzungen wieder 19:00 Uhr durchzuführen. Er verstehe nicht, warum der Hauptausschuss heute um 18:00 Uhr angesetzt wurde.

Der Vorsitzende erklärt, dass der Vorsitzende des jeweiligen Gremiums einlädt und hierbei auch Zeit und Ort der Sitzung angibt. Deshalb hätte der Beschluss des Stadtrates keine Auswirkungen auf die Sitzungen des Hauptausschusses. Wenn die Mehrheit eine andere Zeit wünsche, sei dies aber auch kein Problem.

Der Vorsitzende lässt über den Sitzungsbeginn abstimmen. Für 18:00 Uhr sprechen sich 2 und für 19:00 Uhr 3 Mitglieder aus. 2 Mitglieder enthalten sich.

Die Sitzungen des Hauptausschusses werden künftig wieder 19:00 Uhr beginnen.

Herr Emanuel spricht sich dafür aus, dass die Stadtverwaltung prüft, wie Gewerbetreibende oder Mieter der Wohnungsgesellschaft und Kunden der Stadtwerke in der jetzigen Situation entlastet werden könnten.

Der Vorsitzende erklärt, dass im Bereich Gewerbe schon versucht werde unkompliziert zu helfen.

Die anderen Bereiche seien bisher noch nicht besprochen worden. Dies werde er nachholen.

Für den Bereich der Stadtwerke könne dies schon am Donnerstag, bei der nächsten Aufsichtsratssitzung, erfolgen.

Herr Handtke bittet bis zur Stadtratssitzung um eine Stellungnahme des Bauamtes, wann und wo die Ersatzpflanzungen für die Bäume vorgenommen werden sollen, die im Zuge des Ausbaus des Drescherhofes gefällt worden sind.

Weitere Anfragen und Anregungen gibt es nicht.

9. Einwohnerfragestunde

Ein Einwohner Osterburgs fragt nach, bis wann die besprochenen Änderungen zum Wochenmarkt umgesetzt werden sollen.

Der Vorsitzende erklärt, dass er am Tage nach der Sitzung mit dem Ordnungsamt diesbezüglich sprechen werde. Die Umsetzung werde also zeitnah erfolgen können.

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:18 Uhr.

gezeichnet
Nico Schulz
Vorsitzender

gezeichnet
Heiko Steffens
Protokollant